„Für welche Werte kämpfe ich hier eigentlich?“

Wehrdienst-Reform: In Hannover gibt es nach mehr als 20 Jahren wieder eine Beratung für Kriegsdienstverweigerer

Von Johanna Stein

Boris fallen viele Gründe ein, warum er keinen Wehrdienst antreten will. Aus dem Ukraine-Krieg habe er schon zu viele abschreckende Videos gesehen, erzählt der 26-Jährige aus Hannover, der seinen Nachnamen nicht nennen möchte. „Ich will kein Drohnenfutter werden.“

Deswegen ist der Student ins Freizeitheim Vahrenwald gekommen. Dort beraten Mitglieder der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegnerinnen Hannover (DFG-VK) ab sofort wieder einmal im Monat zum Thema Kriegsdienstverweigerung. Dass ein solches Angebot nach mehr als 20 Jahren wieder nachgefragt ist, liegt vor allem an den Plänen der Bundesregierung zu einem neuen Wehrdienst. Am Freitag, 5. Dezember, soll der Bundestag über den Gesetzesentwurf abstimmen.

Boris lehnt den Wehrdienst auch aus familiären und politischen Beweggründen ab. Seine Familie sei Ende der Neunzigerjahre aus Kasachstan nach Deutschland gekommen, erzählt er. Weil die Ausbildung der Mutter nicht anerkannt wurde, habe sie diverse schlecht bezahlte Jobs annehmen müssen und sei vor lauter Stress krank geworden. Die Familie lebte lange von Hartz IV und ging zur Tafel.

„Ich habe nicht das Gefühl, dass dieses Land etwas für mich getan hat“, sagt der 26-Jährige. Er kritisiert, dass die Bundesregierung lieber bei Bürgergeldempfängern genau hinsehe, statt bei Erbschafts- oder Vermögenssteuer anzusetzen. „Da würde ich mich schon fragen: Für welche Werte kämpfe ich hier eigentlich?“, sagt Boris.

„Wir wollen das gern an Jüngere abgeben“: Klaus Falk (links) und Gerd Knapienski beraten seit den Siebzigerjahren zum Thema Kriegsdienstverweigerung.
FOTO: CHRISTIAN BEHRENS

Kriegsdienstverweigerung: Worauf es ankommt

„Das sind alles sehr gute Gründe. Aber für ein Verweigerungsverfahren sind sie ungeeignet“, sagt Gerd Knapienski von der DFG-VK bei der Beratung im Freizeitheim. Er erklärt Boris, dass er bei einem Verweigerungsantrag seinen Gewissenskonflikt und die persönliche Betroffenheit deutlich machen müsse – die politische Einstellung sei dafür unwichtig.

Knapienski und sein Kollege Klaus Falk beraten schon seit den Siebzigerjahren für die DFG-VK Kriegsdienstverweigerer. Zu Zeiten des Irakkriegs seien es 100 Ratsuchende jede Woche gewesen, damals noch im Haus der Jugend. Doch in den 2000ern ließ die Nachfrage deutlich nach, die Gruppe löste sich auf.

> Ich habe nicht das Gefühl, dass dieses Land etwas für mich getan hat.
>
> **Boris,** Student

Mit dem neuen Gesetzesentwurf hat sich das geändert, die DFG-VK registriert bundesweit einen größeren Beratungsbedarf. Beim ersten Termin im Freizeitheim ist die Nachfrage allerdings noch verhalten. Neben Boris ist noch eine Frau gekommen, deren Sohn nächstes Jahr 18 Jahre alt wird.

Ihr macht zu schaffen, dass das Gesetz noch gar nicht verabschiedet ist, Fragebögen aber schon ab Januar verschickt werden sollen. „Das ist alles so kurzfristig und unklar“, sagt sie. „Die jungen Leute wissen doch gar nicht, wie man verweigert.“ Daher wolle sie sich bei der Beratung konkrete Tipps holen, wie ihr Sohn nächstes Jahr vorgehen kann.

Neuer Wehrdienst: Das ist geplant

Mit dem geplanten Gesetz will Schwarz-Rot die sogenannte Wehrerfassung wieder einführen: Ab 1. Januar 2026 sollen alle 18-jährigen Frauen und Männer einen Fragebogen erhalten, in dem sie angeben, ob sie den Wehrdienst absolvieren wollen und sich dafür geeignet sehen. Für Männer ist die Beantwortung verpflichtend. Auch die Musterung wird für alle Männer, die ab dem 1. Januar 2008 geboren wurden, wieder zur Pflicht. Ziel der Koalition ist es, die Bundeswehr durch Freiwillige aufzustocken. Gelingt das nicht, kann dem Gesetzesentwurf zufolge die Bedarfswehrpflicht greifen. Das würde jedoch nicht automatisch passieren, stattdessen wäre ein gesonderter Gesetzesbeschluss des Bundestages nötig.

Weitere Beratung und Tagung in Hannover geplant

Auch Boris hat nach der Beratung mehr Klarheit darüber, wie er vorgehen würde, falls er im Ernstfall eingezogen würde. „Es ist gut, die eigenen Optionen zu kennen“, meint er.

Für Ratsuchende wie Boris bieten Knapienski und Falk ab sofort jeden ersten Dienstag im Monat von 17 bis 20 Uhr die Beratung zur Kriegsdienstverweigerung im Raum 7 im Freizeitheim Vahrenwald an. Am Sonntag, 7. Dezember, planen sie außerdem von 13 bis 18 Uhr eine Tagung im Pavillon. Die Veranstaltung richtet sich einerseits an potenzielle Wehrpflichtige, andererseits aber auch an Menschen, die selbst Beratungen anbieten wollen. „Wir wollen das gern an Jüngere abgeben“, sagt Knapienski.